

Presseinformation
Wien | 20.10.2021

ÖHGB: Sozialer Wohnbau in Hallein

ÖHGB begrüßt geplante Befristungen zur Schaffung sozialer Treffsicherheit im öffentlichen Mietsektor der Gemeinde Hallein. Befristungen sind auch für SPÖ Bürgermeister zu Recht denkbar.

Wien (OTS) – SPÖ-geführte Gemeinden könnten sich an den Plänen der Gemeinde Hallein ein Beispiel nehmen. Künftig sollen dort all jene Menschen eine Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung bekommen, die eine solche auch wirklich benötigen.

Effiziente und bedarfsgerechte Vermittlung zumutbaren Wohnraums nach transparenten, objektiven und sozialen Kriterien

ÖHGB-Präsident RA Dr. Martin Prunbauer befürwortet in diesem Zusammenhang die geplanten Maßnahmen hinsichtlich einer befristeten Überlassung von Wohnraum im Bereich des öffentlichen Mietsektors: „Damit kann ein erster Schritt für eine gewisse Treffsicherheit geschaffen werden. Persönliche Situation und Einkommen können sich im Laufe der Jahre ändern. Wer heute auf eine Unterstützung angewiesen ist, wird möglicherweise in fünf oder sieben Jahren keinen Bedarf haben“, fasst Prunbauer die Situation im sozialen Wohnbau zusammen. Der junge, mittellose Student, der vor 20 Jahren als Mieter eingezogen ist, kann mit dem Universitätsprofessor, der ein Vielfaches verdient, nicht mehr verglichen werden.

Nach Ansicht des ÖHGB sollen einkommensschwache Wohnungssuchende einen Platz im sozialen Wohnbau erhalten. Aber auch besser Verdienende könnten in ihrer Gemeindewohnung bleiben, wenn diese einen höheren Beitrag leisten, um finanziell schwache Mieter im Rahmen der Subjektförderung zu unterstützen.

Zwar ist etwa im Statut von Wiener Wohnen ausdrücklich festgehalten, dass der Zweck von Wiener Wohnen in der Bereithaltung und Schaffung von einem modernen Standard entsprechenden Mietwohnungen für einkommensschwächere, wohnungsbedürftige Personen und Familien gelegen ist, „doch die Realität sieht anders aus“, weiß Präsident Prunbauer über die hohe Fehlbelegung im öffentlichen Mietsektor zu berichten. 60 Prozent der Bestandverhältnisse sind bundesweit dem öffentlichen Mietsektor zugeordnet. Dennoch schafft es z.B. Wien als europaweit größte Eigentümerin im sozialen Wohnbau nicht, für Treffsicherheit zu sorgen. Laut Erhebungen des ÖHGB könnte die Stadt Wien jährlich rund 123 Mio. Euro an zusätzlichen Mieteinnahmen erzielen, würden Gut- und Besserverdiener im Gemeindebau angemessen zu den Wohnkosten beitragen.

Mehr über den ÖHGB

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB, www.oehgb.at) ist die größte freiwillige Interessenvertretung österreichischer Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer.

Die Hauptaufgabe des ÖHGB besteht im Schutz und in der Förderung des Privateigentums sowie der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der privaten ImmobilienbesitzerInnen. Die ca. 30.000 Mitglieder teilen sich auf die neun Landesverbände auf, die ihren Mitgliedern mit fundierten Rechts-, Steuer-, Versicherungs-, Bau- bzw. Finanzierungsberatungen und weiteren, umfangreichen Informations- und Serviceleistungen, zur Seite stehen. Darüber hinaus betreiben der ÖHGB und dessen Landesverbände im Interesse der Mitglieder aktive Standespolitik in der Interessenvertretung auf allen Ebenen.

Rückfragen & Kontakt:

Österreichischer Haus- und Grundbesitz
Dr. Marie-Theres Ehrendorff
Pressesprecherin
Tel.: +43 676 3239 645
marie-theres.ehrendorff@oehgb.at